



Kriminalitätsatlas für Frankfurt

Woanders längst üblich, für Frankfurt überfällig

Berlin macht es vor, Hamburg ebenfalls! Und nicht nur diese beiden. Schon seit einigen Jahren erstellen verschiedene deutsche Städte Berichte, die detailliert zeigen, wie stark öffentliche Räume mit Kriminalität belastet sind. Dabei wird zugeordnet, in welchen Stadtteilen bzw. Stadtbezirken die verschiedenen Verbrechen geschehen sind. „Frankfurt braucht auch dringend einen Kriminalitätsatlas!“, sagt der sicherheitspolitische Sprecher der AfD im Römer, Horst Reschke.

Der Kriminalitätsatlas wendet sich an Polizeidienststellen, kommunale Verwaltungen, Politiker und Forschungseinrichtungen sowie an der Kriminalitätsbekämpfung interessierte Partner. Er soll helfen, lokale Kriminalitätsschwerpunkte zu erkennen und regionale Werte mit dem Umfeld zu vergleichen. „Gerade für die Stadt Frankfurt am Main, die in der Kriminalitätsstatistik bundesweit immer auf den ersten Plätzen zu finden ist, kann ein Kriminalitätsatlas wertvolle Dienste leisten. Damit kann man gezielt arbeiten, um Gewalt schon im Vorfeld zu verhindern,“ so Reschke.

Beim Kriminalitätsatlas würde die inhaltliche Zusammensetzung der Straftatengruppen den Richtlinien der Polizeilichen Kriminalstatistik entsprechen. Für die nach kriminologischen Aspekten gruppierten Schlüssel gälten dann folgende Abgrenzungen:

- Rauschgiftkriminalität,
- Gewaltkriminalität und Mord,
- Straßenkriminalität
- ‘Sonstige Straftaten nach dem StGB’

Die AfD fordert den Magistrat auf, sich jetzt mit dem Polizeipräsidium zusammzusetzen. Die Daten sind alle vorhanden. Konzepte für die statistische Auswertung gibt es ebenfalls bereits.

Die hysterische Aufregung, die manchen Stadtverordneten des linken politischen Spektrums im Umgang mit Stadtverordneten der AfD im Römer befällt, trägt bisweilen schon komische Züge.

Manchen geht es sichtbar gegen den Strich, wenn ihnen ein wohlzogener AfDler die Tür aufhält. Weil es aber doch gar zu lächerlich wäre, nun vor der geöffneten Tür einfach stehenzubleiben, quittieren sie die Zumutung beim Durchschreiten wenigstens mit einem angeekelten Gesichtsausdruck.

Bevor sie einen entgegenkommenden AfDler auf der Straße womöglich noch grüßen müßten, schauen sie lieber schnell woanders hin. Und wieder andere entblöden sich nicht, sich das Gegrüßt werden von AfDlern gleich ganz zu verbitten.

Ja, die guten Sitten ...ein schwieriges Pflaster für unsere Moralapostel.

Aber da stehen wir drüber!





Haushaltsentwurf der Stadt für 2017 Viele überflüssige Förderprojekte entdeckt

Kennen Sie „Infrau“? Die „jumpp-Frauenbetriebe“? Die „Kinothek Asta Nielsen“? „Broken Rainbow“? „FiM“? „Libs“? Das „Lesbisch-Schwule Kulturhaus“? Die „Innovativen Projekte“? Beim Durchforsten des städtischen Etatentwurfs für 2017 ist die AfD-Fraktion auf zahlreiche Förderprojekte gestoßen, bei denen es mehr als fraglich ist, ob diese aus Steuermitteln gefördert werden müssen.

Auf über 2000 Seiten, aufgeteilt auf zwei dicke Wälzer, stellt der Kämmerer den Etatentwurf der Stadt für 2017 vor.

Defizit von 193 Mio Euro

Obwohl Frankfurt im Vergleich mit anderen Städten die höchsten Steuereinnahmen pro Kopf erzielt, kommt die Stadt dennoch mit dem vorhandenen Geld nicht aus und muß neue Schulden aufnehmen. Der

Ergebnishaushalt weist ein Defizit von rund 193 Millionen Euro aus.

AfD fordert ausgeglichenen Etat

Die AfD fordert einen ausgeglichenen städtischen Haushalt und zeigt mit insgesamt 49 Änderungsanträgen Einsparungsmöglichkeiten auf. In Anbetracht der Haushaltslage ist derzeit eine Finanzierung von Institutionen und Einrichtungen nur noch dann gerechtfertigt, wenn diese im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge unverzichtbar sind.

Leuchtet es wirklich ein, den "Frauentreff am Frankfurter Berg" mit sage und schreibe 28.000 Euro Steuermitteln zu fördern? Die AfD beantragt die Streichung der Zuschüsse für den Frauentreff. Das Frauensoftwarehaus soll tatsächlich 35.165 Euro

erhalten. Männer- und Transgendersoftwarehäuser wurden im Etatentwurf merkwürdigerweise nicht gefunden...

Ein weiteres Kuriosum ist das „FiM“, (Frauenrecht ist Menschenrecht). Geplanter Kostenpunkt satte 175.000 Euro. Da käme der Steuerzahler mit der Lesben- Informations- und Beratungsstelle „LiBs“ (50.000 Euro) sogar richtig billig davon! Dreimal erscheint im Etat ein Frauenprojekt der ASB Lehrervereinigung: für Gallus (27.900 Euro), Nordwest (17.000 Euro) und Niederrad (27.000 Euro). Und was macht bitte schön die Mädchenkulturarbeit (gibt es auch Knabenkulturarbeit?), dass sie uns 20.000 Euro wert sein soll?

AfD will Frauenreferat und AmKA auflösen

Hier tummelt sich scheinbar ein ganzes Heer von ideologisierten Sozialpädagogen auf Steuerzahlerkosten, das ansonsten Mühe hätte, seine merkwürdigen Ansichten unter Volk zu bringen. Und im Übrigen ist die AfD überzeugt, dass das Frauenreferat sowie das Amt für multikulturelle Angelegenheiten problemlos aufgelöst und eingespart werden können.

Am 25. April 2017 stellte die AfD-Fraktion ihre Etat-Anträge im Rahmen einer Pressekonferenz vor.

Öffnungszeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:

Montag-Donnerstag 10 - 17 Uhr

info@afd-im-roemer.de

Tel. 069 212 46 222

www.afd-im-roemer.de



IMPRESSUM

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstr. 3
60311 Frankfurt am Main

Verantwortlich im Sinne
des Presserechts:
Dr. Dr. Rainer Rahn
(Fraktionsvorsitzender)